

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

20.6.1930 (No. 141)

Expedition:
Karlsrueher
Str. 14
Hauptredaktion
Nr. 953
und 954
Postfach
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsangehörigen
Chefredakteur
G. Amend
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einm. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf., Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatte, der als Postremittent gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Verteilung und Kontostundenverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volksbildungsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Der Rücktritt des Reichsfinanzministers

In einem anscheinend offiziös inspirierten Bericht aus Berlin wurde noch gestern versucht, den Ernst der Lage etwas zu verhüten und Entscheidungen, die bereits gefallen sind, als „noch nicht ganz endgültig“ hinzustellen. Man rechnet in Berlin mit gewissen Rücksichten, welche angeblich die Parteien auf das Ergebnis der sächsischen Landtagswahlen, die übermorgen stattfinden, nehmen werden. Man glaubt, daß die Parteien unter allen Umständen eine Reichstagsauflösung vermeiden werden, wenn, wie zu erwarten steht, die sächsischen Landtagswahlen ein starkes Ansteigen der nationalsozialistischen Stimmen bringen.

Wir wissen nicht, ob diese Kalkulation wirklich begründet ist. Denn die Reichstagsauflösung könnte doch nur dann vermieden werden, wenn entweder das Reichsministerium eine Umstellung seiner bisherigen Politik vollzieht und so eine Mehrheit im Reichstag und in der öffentlichen Meinung des Volkes findet, oder wenn die Parteien aus Furcht vor den Nationalsozialisten doch noch die Vorlagen des Kabinetts akzeptieren. Mit dieser zweiten Möglichkeit darf man ernstlich wohl nicht rechnen. Denn ein solches Tun der Parteien würde an wahlaktischen Selbstmord grenzen und die Wähler in hellen Saufen gerade der Partei zutreiben, von deren Anwachsen man sich nichts Gutes verspricht, nämlich der Nationalsozialistischen Partei. Es versteht sich ganz von selbst, daß alle vernünftigen Politiker in allen Parteien Einsicht genug besitzen, um sich zu sagen, daß die beste Taktik gegenüber den Nationalsozialisten eine Politik ist, welche uns aus der augenblicklichen Krise herausführt, unsere Wirtschaft rettet und die öffentlichen Finanzen nach Grundsätzen, die wahrhaft volkstümlich sind, saniert. Durch den Rücktritt des Reichsfinanzministers ist ja die Bahn für eine solche Politik frei geworden.

Nachdem die Deutsche Volkspartei, die i. B. Herr Dr. Moldenhauer als Finanzminister in das Kabinett Brüning entsandte, dem Minister in offizieller Form erklärt hatte, daß er das Vertrauen seiner Fraktion nicht besitzt — die Formulierung selbst war natürlich dem Herrkommen entsprechend nicht ganz so unverblümt —, und nachdem die Notopfervorlage in den Reichsratsausschüssen in der ersten Lesung vollkommen unter den Tisch gefallen war, da ein Land nach dem andern den Regierungsentwurf ablehnte, und auch der preussische Vorschlag nirgends Zustimmung fand, blieb Dr. Moldenhauer nichts anderes übrig, als mit aller Entschiedenheit auf seinem Rücktritt zu bestehen. Es war durchaus korrekt, daß das Kabinett ihn vorher dringend gebeten hatte, auf seinem Posten zu bleiben, da es ja Kabinettsbeschlüsse gewesen waren, die Moldenhauer vertreten hatte.

An der Tatsache, daß an Stelle des Reichsfinanzministers ein anderer Mann auf diesen Posten berufen werden muß, und an der andern Tatsache, daß im Reichsrat eine Zustimmung für die Notopfervorlage nicht mehr zu erwarten ist, kann nicht gerüttelt werden; und es ist nicht recht einzusehen, warum jetzt von Berlin aus so getan wird, als ob noch eine Änderung in der Haltung des Reichsrats zu erwarten wäre. Gewiß braucht die Finanzministerkrise noch keine Krise des Kabinetts zu sein. Aber es gehört wohl keine große prophetische Gabe dazu, um eine solche Krise vorauszusagen, wenn nicht durch die Handlungen des neuen Reichsfinanzministers eine Umstellung erfolgt.

Morgen wird der Reichsrat wieder zusammentreten und sich mit der Reform der Arbeitslosenversicherung beschäftigen. Ferner wird morgen die Länderkonferenz eröffnet werden, und zwar durch den Reichskanzler Dr. Brüning selbst. An dieser Konferenz nehmen die Ministerpräsidenten bzw. Staatspräsidenten der Länder teil. Dr. Brüning wird dann die nächste Woche zum Reichspräsidenten nach Weidach fahren, um ihm über die Lage Bericht zu erstatten. Wahrscheinlich wird die Situation bis dahin durch die Beratungen auf der Länderkonferenz und durch das Resultat der sächsischen Landtagswahlen noch eine größere Klärung erfahren haben.

Das Reichsministerium für die besetzten Gebiete soll mit dem 1. Oktober 1930 auflösen, als solches zu bestehen. Die Restverwaltung soll dann am 1. April 1931 aufgelöst werden. Minister ist der volkskonservative Abg. Treviranus. Der Staatssekretär Schmid und die Ministerialdirektoren sollen in den einseitigen Aufstand treten, während von den 20 Ministerialreferenten 15 an andere Behörden überwiesen werden sollen.

Letzte Nachrichten

Rücktritt Moldenhauers Wahrnehmung des Finanzministeriums vorläufig durch den Reichskanzler

W.B. Berlin, 20. Juni. (Tel.) Reichspräsident von Hindenburg hat auf Vorschlag des Reichskanzlers den Reichsminister, Prof. Dr. Moldenhauer, aus dem Amte des Reichsministers der Finanzen entlassen und den Reichskanzler Dr. Brüning bis auf weiteres mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers der Finanzen beauftragt.

Dem scheidenden Reichsminister der Finanzen, Dr. Moldenhauer, hat der Herr Reichspräsident in einem persönlichen Schreiben seinen Dank für die als Reichswirtschaftsminister wie als Reichsfinanzminister dem Reiche geleisteten Dienste in herzlichen Worten ausgesprochen.

M. Berlin, 20. Juni. (Priv.-Tel.) Es wird besonderer Ton darauf gelegt, daß nach der amtlichen Mitteilung der Reichskanzler das Finanzministerium nur vorübergehend übernommen hat. Daraus kann gefolgert werden, daß das Geschäft nicht zutrifft, wonach Brüning mit dem Gedanken umgehe, im Notfalle das Amt selbst dauernd zu verwalten. Genannt wird als Reichsfinanzminister weiter in erster Linie Hüpler-Aischoff, der dann das preussische Finanzministerium beibehalten soll. Persönliche Äußerungen Hüpler-Aischoffs zeigen aber, daß er jedenfalls keine große Neigung besitzt, sich auf diesen schwierigen Posten zu begeben. Auch der bisherige Reichswirtschaftsminister Dietrich (Baden) scheint nach wie vor in Frage zu kommen. Er befindet sich zur Zeit (mittags 1 Uhr) beim Reichskanzler. Doch herrscht bei den Demokraten eine sehr starke Abneigung dagegen, daß eines ihrer Mitglieder in die Presse springt. Im übrigen erwartet man keine Entscheidung mehr in dieser Woche. Auch die Deutsche Volkspartei hat ihre heutige Freitagsrede dementsprechend auf Montag verlagert.

Die Länderkonferenz

Um die Reichsauftragsverwaltung

M. Berlin, 20. Juni. (Priv.-Tel.) Die beiden Unterausschüsse der Länderkonferenzen sind heute früh 9 Uhr in der Reichskanzlei unter dem Vorsitz des Reichsinnenministers Dr. Wirth zusammengetreten. Anwesend sind fast sämtliche Staatspräsidenten und Ministerpräsidenten der Länder, darunter auch Schmidt (Baden), während Peterken (Hamburg) durch Erkrankung ferne gehalten worden ist. Es soll abschließend über die unmittelbare Reichsverwaltung und die Auftragsverwaltung der Länder beraten werden, so daß das Ergebnis morgen dem Gesamtausschuss vorgelegt werden kann. Eingeleitet wurden die Besprechungen durch eine Rede des Reichsinnenministers, in der er den Zwang zu dieser Reform begründete.

Ein neuer Grenzweiskensfall

Ein polnischer Grenzbeamter erschossen

W.B. Allenstein, 20. Juni. (Priv.-Tel.) Über einen neuen deutsch-polnischen Grenzweiskensfall wird gemeldet: Als ein deutscher Zollbeamter, der sich auf seinem Posten in der Nähe von einer Dienstfahrt befand, plötzlich von einem polnischen Beamten in Zivil gegenüber, die eine Pistole in der Hand hatte, ohne jeden Grund gab der Zivilist vier Schüsse auf den deutschen Beamten ab, der jedoch in Deckung gehen konnte, worauf er dann etwa 4 Schüsse auf den Zivilisten abgab. Nach dem vierten Schuß brach der Zivilist zusammen. Er war durch einen Kopfschuß tödlich getroffen worden. Die Untersuchung der Leiche hat ergeben, daß es sich um den polnischen Grenzbeamten Raffala handelt. Im ersten Augenblick vermutete man, daß der Zivilist zum Zwecke der Spionage über die Grenze gekommen sei. Diese Vermutung mußte aber fallen gelassen werden, da der polnische Beamte gänzlich ohne Veranlassung war. Weitere Feststellungen haben ergeben, daß er in Profitten eine Braut hatte, die er besuchen wollte, und hierbei den Weg über die Grenze benutzte. Um 1 Uhr wird an Ort und Stelle eine gemischte deutsch-polnische Kommission zur Untersuchung des Zwischenfalls zusammentreten.

Reichsrat und Arbeitslosenversicherung. Der Reichsrat ist für Samstag mittags 12 Uhr zu einer Sitzung einberufen worden. Von den Debattevorlagen steht allein der Gesetzentwurf zur Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes auf der Tagesordnung. Die Gesetzentwürfe über die Reichshilfe und die Reform der Krankenversicherung stehen noch nicht zur Beratung. Sie sind zunächst nur zur formalen Ausschuhüberweisung auf die Tagesordnung gesetzt worden.

Wirtschaftliche Umschau

Handels- und Zahlungsbilanz — Spritzfus zu den Kraftstoffen — Vinoleum

Der deutsche Außenhandel zeigt im Mai eine erfreuliche Entwicklung, mit einem Ausfuhrüberschuß von über einer Viertelmilliarde Reichsmark, was um so bemerkenswerter ist, als gleichzeitig die Durchschnittspreise der Ein- und Ausfuhr infolge des internationalen Preisrückgangs gesunken sind. Die Maltausfuhr hatte einen Wert von 1,1 Milliarden. Dabei entfällt die Zunahme der Ausfuhr (zu 66 Proz.) auf den um 79 Mill. Reichsmark vermehrten Auslandsabsatz an Fertigwaren. Die Einfuhr sank im Mai um 57 Mill. gegen den Vormonat. Freilich muß man sich bei der Betrachtung unserer Außenhandelsziffern darüber klar sein, daß sie unter zwingender wirtschaftlicher Not zustandekamen, daß viele Ausfuhrwaren zu ganz unbefriedigenden Preisen, ja auch zu Verlustpreisen, abgesetzt wurden, und daß deshalb die Ausfuhrsteigerung bei der großen Depression im Inlandsabsatz noch nichts für eine Besserung der Konjunktur sagt. Daß der Wert der eingeführten Rohstoffe, auf die unsere Produktion in starkem Umfang angewiesen ist, in den ersten fünf Monaten 1930 um mehr als eine halbe Milliarde niedriger ist als in der gleichen Zeit des Vorjahres, zeigt trotz der Preisrückgänge für Rohstoffe den geringen Bedarf der Industrie, vor allem wegen des schlechten Inlandgeschäfts. Immerhin haben wir doch eine Entwicklung festzustellen, welche die 1929 eingeschlagene Linie eines Ausgleichs unserer Handelsbilanz im Warenhandel fortsetzt. 1929 war nur ein Passivsaldo von 47 Mill. zu verzeichnen, bei Einfuhr- und Ausfuhrziffern im Wert von rund 13 1/2 Milliarden. In den ersten fünf Monaten 1930 ist ein Überschuß der Ausfuhr im Wert von rund 400 Mill. Reichsmark festzustellen, während die gleiche Zeit des Vorjahres ein Defizit von rund 200 Mill. aufwies.

Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 1929 war dabei nach einer Schätzung des Statistischen Reichsamts mit 2,9 Milliarden passiv. Zwar wurde der erwähnte kleine Einfuhrüberschuß im Warenhandel mit 47 Mill. Reichsmark durch die sog. unsichtbare Ausfuhr, durch Dienstleistungen mit rund einer halben Milliarde Reichsmark bei weitem wettgemacht, aber dazu kommen auf der Passivseite 873 Mill. Reichsmark an Zinsen, die an das Ausland zu entrichten waren, und 2 1/2 Milliarden an Reparationszahlungen. Von den Dienstleistungen an das Ausland haben sich namentlich die Einnahmen aus dem Schiffsverkehr erhöht, auch eine Besserung der Fremdenverkehrsbilanz ist auf der Aktivseite anzunehmen. Nichts ist u. a. festgestellt über die Verdienste aus dem Versicherungsverkehr mit dem Ausland, was den nur schätzungsweise Wert dieser Aufstellungen charakterisiert.

Was die Kapitalbewegung zwischen Inland und Ausland anlangt, so wird bekanntlich angenommen, daß 6 bis 8 Milliarden deutschen Kapitals ins Ausland geflüchtet und dort festgelegt sind, deren Zinsen nur zum Teil auf der Aktivseite zu buchen wären, da sie zu erheblichem Teil wohl weiter sich in Auslandsanlagen verhandelt haben. Aus den Mitteilungen der deutschen Banken kann sich natürlich nur ein ganz lückenhaftes Bild ergeben, da ja die Effektenkäufe im Ausland zum erheblichen Teil sicher nicht über sie liefen. Diese Mitteilungen besagen, daß an das Ausland 1929 für 1,4 Milliarden Effekten verkauft wurden, daß das Ausland für 1,3 Milliarden kaufte. Auf der deutschen Aktivseite zeigt sich ferner ein Posten von 275 Mill. Reichsmark für die Freigabe deutschen Vermögens in Amerika und auf der Passivseite der ganz geringe Posten von 19 Mill. Reichsmark für ausländische Anleihen, die ja in diesem Jahre vollkommen stofften. Viel höher ist die kurzfristige Verschuldung an das Ausland anzunehmen, die nicht erfasst werden konnte. Dazu kommt auf der Aktivseite die Überfremdung deutschen Anlagevermögens im Inland, soweit nicht Zinsen und an das Ausland fließende Erträge in Abzug kommen.

Das Statistische Reichsamts nimmt an, daß auch 1930 der Aktivsaldo aus Warenhandel und Dienstleistungen nur einen Bruchteil der Verpflichtungen aus Reparationen und Zinsen wird abdecken können, doch werden langfristige Anleihen im neuen Jahr wieder eine größere Rolle spielen. Wenn die im Inland so dringend not-

wendigen geprüften Kapitalien zurückkehren würden, was lediglich durch Wiederherstellung des Vertrauens, d. h. durch eine geeignete Wirtschafts- und Finanzpolitik möglich ist, würde auch die deutsche Zahlungsbilanz wesentlich verbessert, wenn auch das deutsche Kapital, wobei erhebliche Beträge für Zinsen und Provision an den Händen des Auslands liegen bleiben, zum Teil als Auslandskapital wieder nach Deutschland verkehrt wird. Die Wichtigkeit der Bildung deutschen Inlandkapitals und die Notwendigkeit der weiteren Zufuhr von Auslandskapital hat auch der Daweskommissar bei der Reichsbank in seinem letzten Bericht betont. Er schätzt die lang- und kurzfristige Verschuldung Deutschlands auf rund 15 Milliarden. Der Zeitpunkt, an dem die Zahlungsbilanz ohne weiteren Kapitalimport ins Gleichgewicht gelangen werde, sei nicht abzusehen.

Das Reichsbrandweinmonopol ist seit längerem wegen des an sich sehr erfreulichen Rückgangs des eigentlichen Gewinn bringenden Absatzes an Trinkbrandwein in Schwierigkeiten, und dadurch ist die den landwirtschaftlichen Brennereien des Ostens gegenüber betätigte Subventionspolitik durch hohe Abnahmepreise gefährdet. Außerdem wird bekanntlich Spiritus für gewerbliche Zwecke unter Selbstkostenpreis abgegeben, um die deutsche Spiritus verarbeitende Industrie zu stärken. Nun plant die Reichsregierung, um ihre Subventionspolitik der Spiritus erzeugenden Landwirtschaft gegenüber fortsetzen zu können, in Durchführung einer ihr erteilten Ermächtigung eine 3prozentige Beimischung von Sprit zu den Kraftstoffen (Benzin usw.), sowie auch zu Leuchtpetroleum anzuordnen. Vom technischen Standpunkt aus bestehen hier keine Bedenken, da die Beimischung eines geringen Prozentsatzes von Sprit für die Motoren vorteilhaft sein soll, ebensowenig vom rein nationalwirtschaftlichen Standpunkt aus, denn ein Teil des aus dem Ausland kommenden Verbrauchs an Kraftstoffen würde durch ein deutsches Produkt ersetzt. Dagegen liegt eine Verteuerung des Brennstoffes für Kraftwagen um 1/2 bis 2 Pf. pro Liter, die der Beimischungszwang bedingt, durchaus nicht in der Linie der Senkung der Preise, zumal sie ja auch den Verkehr mit Kraftwagen trifft, nachdem schon kürzlich durch Erhöhung des Benzinolles eine Verteuerung des Betriebsstoffes eingetreten ist. Man errechnet aus der Maßnahme einen Mehraufschlag von 600 000 hl Spiritus pro Jahr, dessen Preis so hoch festgelegt werden soll, daß die Monopolverwaltung, die im vorigen Jahr 4 bis 6 Pf. pro Liter Spiritus zugeführt hat, keine Verluste mehr erleiden soll. Außerdem will man dadurch die zu bedrohlicher Höhe angewachsenen Spiritusvorräte der Reichsmonopolverwaltung liquidieren. Gegen den Plan wird geäußert, daß er nur ein künstliches Mittel zur Hebung des Spiritusabzuges und ein vollständiger Umbau unserer ungeordneten Spirituswirtschaft notwendig sei. Von dem Beimischungszwang für Leuchtpetroleum möge man überhaupt absehen, da es sich hier nicht um einen eigentlichen Ertragsstoff handle.

In der Kinnoleumindustrie besteht ein europäischer Trust, der in sieben Ländern 17 Fabriken, darunter zehn in Deutschland besitzt, die „Continental Kinnoleum Union“ (Brixen). Mit Ausnahme einer deutschen Fabrik in Bedburg (Rheinland), der englischen Werke sowie der dazugehörigen zwei Werke in Frankreich, unbedeutender Fabriken in Holland, Italien, Spanien und eines im Bau begriffenen Werks in Belgien, sind in der Union alle europäischen Fabriken vereinigt. Eine führende Stellung nehmen darin die deutschen Kinnoleumwerke Berlin ein. Sie hielten kürzlich ihre Generalversammlung

ab, in der 15 Proz. Dividende aus einem Reingewinn von 8 600 000 M. genehmigt wurden. Aus den dort gemachten Mitteilungen ergab sich, auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt gesehen, ein günstiges Bild. Die europäische Zusammenarbeit hat sehr erhebliche Erfolge gebracht, u. a. eine Verringerung der Wäster (in Deutschland von 7000 auf 2500). Der Austausch der technischen Erfahrungen erbrachte eine Leistungssteigerung (vor allem Verkürzung der Trockenzeit). Der Wert der deutschen Erzeugung beträgt 90 Mill. Reichsmark, wovon für 22 Mill. Reichsmark nach dem Ausland gehen. Folge der Rationalisierung ist es trotz steigender Produktion freilich, daß zwei deutsche Werke, darunter das Delmenhorster Werk Hansa, stillgelegt werden. Über die gegenwärtige Krise ist die Kinnoleumindustrie besser weggekommen als die meisten übrigen deutschen Industrien, und auch die weiteren Aussichten werden als günstig bezeichnet. Die Kinnoleumindustrie trägt stark zur Aktivierung unserer Wirtschaft bei, nicht nur durch ihre bedeutende, sich ständig steigende Ausfuhr, sondern auch durch die Einschränkung der Verwendung ausländischer Holz, wenn auch die Rohstoffe, wie Korkabfälle ganz und Keimöl zum großen Teil eingeführt werden müssen. Man hat berechnet, daß durch die stärkere Verwendung von Kinnoleum jährlich zirka 500 Mill. Quadratmeter Holzfußbodenbelag überflüssig werden, woraus sich eine Einfuhrersparnis von ausländischen Holzern in Höhe von 17 Mill. Reichsmark ergibt. Zuletzt erwarb die Continental Kinnoleum AG, die französische Gesellschaft Carliano, wofür mit Abschreibungen fast 5 Mill. Schweizer Franken angelegt wurden. Von dem Aktienkapital der deutschen Kinnoleumwerke AG, in Höhe von 40 Mill. besitzt die Holdinggesellschaft die Hälfte, wie auch von den übrigen, dem Trust angehörenden Betriebsgesellschaften, mit Ausnahme der Schweizerischen (Cubiasco), während ein Viertel der Aktien der Holdinggesellschaft bei den Betriebsgesellschaften liegt.

Einigungsbestrebungen in China

Die Agentur Havas meldet aus Schanghai, daß die militärische Lage einen Umschwung zugunsten der Kinnoleumregierung erfahren hat. Die Regierungstruppen hätten die in der vergangenen Woche südlich Hantau verlorenen Stellungen wieder besetzt und verteidigten sie hartnäckig gegen das Vordringen der Nordtruppen. Angesichts der Unmöglichkeit, mit Waffengewalt eine Lösung des Konflikts herbeizuführen, sei das Gerücht im Umlauf, daß der frühere Präsident der Kuomintang, Wangschinwei, eine Vermittlungsaktion einzuleiten beabsichtige.

Zur Lage schreibt die „Frkf. Ztg.“ u. a.: Die Generale der chinesischen Nord- und Südarmee schlagen sich seit einigen Wochen unentwegt gegenseitig aufs Haupt. Während noch vor ganz kurzer Zeit die Truppen der Kinnoleumregierung nach Verichten der Nordarmee, völlig vernichtet zu sein schienen, Dschiang Kai-schek schwer verwundet war und abzuweichen wollte, läßt sich aus letzten Nachrichten schließen, daß, wenn auch Dschiangs Armee nicht gerade siegreich war, die Südarmee doch noch, und wohl auch ganz schlagkräftig, bestesse. Die Wahrheit dürfte sein, daß beide Parteien müde sind und ihre mehr oder weniger qualifizierten Truppen in Vorpostengefechten größeren Stiles zu stark exponiert haben, als daß ohne Eingreifen „höherer Mächte“ noch Entscheidungen möglich wären. Es tauchen freilich, wenn sich die Meldungen bestätigen sollten, neue Hoffnungssterne für Dschiang Kai-schek auf. Die Mandchurien mit den Truppen Tschiang Hsüeh-liangs, Tschiang Ksolin Sohn, die bisher einigermaßen ruhig war, soll sich zur Hilfeleistung für Dschiang Kai-schek bereit erklärt haben.

Die holländische Forderung der 1. Younganleihe von 78 Millionen Gulden wurde nur bis zur Höhe von 40 Prozent genehmigt. Das Ausgabefortium wird sich nun bemühen, die verbleibenden 60 Prozent unterzubringen.

Hebung deutscher U-Boote. Italienische Taucher haben bis jetzt 25 deutsche U-Boote, die bei Kriegsende in der Nähe bei Pola versenkt worden waren, festgestellt, daß sie zum größten Teil unbeschädigt seien. Anfang nächster Woche soll mit der Hebung begonnen werden.

Badisches Landestheater Tiefenland

Für die jüngsten unserer Kapellmeister bietet sich leider nur spärlich die erwünschte Gelegenheit, ihre Schwingen einmal so frei entfalten zu können, wie es nicht bloß ihrer Veranlagung, sondern auch den Interessen unserer Oper selbst entspricht. Zwar sind außer den beiden ersten Dirigenten offiziell ja nur noch Korrepetitoren berufen, aber da deren Beschäftigung immerhin doch sehr eng schon mit kapellmeisterlicher Tätigkeit zusammenhängt und für die Inhaber gleichsam als Vorstudium zu diesem, ihren eigentlichen Beruf, zu gelten hat, sollte man ihnen ein allmähliches Hineinwachsen nicht dadurch erschweren, daß man sie dem Wichtigsten, dem Konzentration auf den großen Spielapparat, fast ganz fernhält. Und es ist doch schließlich nicht so, als ob die beiden hier zunächst in Frage kommenden Korrepetitoren noch einfache Dirigenschüler wären, sie haben im Gegenteil mehrmals erwiesen, daß der vorbereitende oder — sagen wir — elementare Lehrgang längst abgeschlossen ist und daß sie sehr wohl befähigt sind, auch bei der komplizierten Vereinerung des optischen und akustischen Bildes, wie es sich in jeder Opernaufführung ergibt, ihren Mann zu stellen.

So war es z. B. gar nicht ohne Interesse, in der letzten „Tiefenland“-Aufführung wieder einmal an Kurt Stern zu beobachten, wie weit er mit seiner erworbenen Schlagtechnik und mit dem erarbeiteten Gefühl für sichere Führung vorwärts gekommen ist, obwohl er im Grunde eine a-prima-vista-Direktionsleistung vollbringen mußte; denn für diese Wiederholung des oft gespielten Wertes werden ihm kaum viele Proben zur Verfügung gestanden haben. Auch deshalb war die genaue Kontrolle sehr beachtlich, mit der er die Akzentierungen im Tempo und in der Dynamik überwachte, und nicht minder gefiel die Klärheit, die er den Sängern gegenüber stets walten ließ. Natürlich war ihm vor einem Qualitätsvorsteher wie dem unserigen seine Aufgabe erheblich erleichtert, aber der Dirigentenjüngler fand dennoch genug Anlaß, seiner impulsiven Künstlernatur da und dort wenigstens freieren Ausdruck zu geben und der musikalischen Gesamtlinie jedenfalls eine stark persönlich geprägte Auffassung zu walten.

Unter den Solisten begegnete uns erstmals Lotte Fischbach als Auri. Mit ihrer gut resonierenden und tragfähigen Sopranstimme verband sie eine sehr durchdachte Darstellung, so daß auch in der äußeren Erscheinung die Figur völlig glaubhaft wurde. Verdienstlich fügte sich des Weiteren in das sonst bekannte Ensemble Victor Hospach als Tommaso, und nicht unerwähnt sei noch Alfred Frey in der zwar keinen Knechtstrolch, in der er aber — wie schon neulich in Verdis „Mastensoll“ — zeigen konnte, daß sein profunder Bass sich merkwürdig gelockert und an Kraftentfaltung Einiges dazugewonnen hat. S. Sch.

Ausstellung außerhalb Badens lebender, in Baden geborener Künstler

Der Bad. Kunstverein E. V. Karlsruhe, Waldstr. 3, beteiligt sich an den Veranstaltungen des Badener Heimattags durch eine „Ausstellung außerhalb Badens lebender, badischer Künstler“. Die Ausstellung findet in der Zeit vom 25. Juni bis 17. Juli in sämtlichen Räumen des Kunstvereins (Waldstr. 3) statt. Sie wird die wertvolle Ergänzung der „Ausstellung badischer Kunstschaffens“ bilden. Es ist gelungen, eine große Anzahl Künstler zur Teilnahme an der Ausstellung zu gewinnen, und nach den vorliegenden Anmeldungen dürfte die Ausstellung größtem Interesse begegnen. Manche Künstler, seit Jahren der Heimat fern und mit ihren Werken lange nicht mehr in Baden gesehen, werden vertreten sein. Von etwa 90 Ausstellern nennen wir: die jetzt in München lebenden Professoren Vermann, Pest, Bloß, O. Graf, Gräfel, und Hof. Kühn jun., ferner Ottohans Veier, Czerny, Seibel, H. Klein, Kummer-Kröll, Braß-Stuttgart, Prof. Frey-Dresden, Prof. Hans Meid-Berlin, G. O. Schönleber-Stuttgart, Segiser-Weizern u. a. m. — Wenn der ein oder andere Name sonst bekannter Künstler in der Ausstellung nicht vertreten sein wird, so war es trotz großer Bemühungen nicht möglich, die Betreffenden zur Teilnahme an der Ausstellung zu bewegen.

Aufführung des Breisacher Festspiels

Begünstigt vom schönen Wetter fand am Sonntag die Aufführung der diesjährigen Freilichtspiele in Breisach statt. Zur Aufführung kam das Trauerspiel „Derzog Bernhard von Weimar“, das den Reallehrer P. J. Streicher von Ulm

Aus dem Reichstag

Der Etat des Innenministeriums erledigt

In der Reichstags Sitzung am Mittwoch wurde die zweite Beratung des Haushalts des Reichsinnenministeriums zu Ende geführt.

Der sozialdemokratische Abg. Moses wandte sich, wie schon gemeldet, gegen den verantwortlichen Rübener Arzt Dehde, der für das Kindersterben verantwortlich sei und das wichtigste Beweismittel, die in seinem Besitze befindlichen Kulturen, vernichtet habe. Vom volksparteilichen Abg. Dr. Kunkel wurde darauf hingewiesen, daß solche homerischen Kämpfe, wie das Redebuell Wirt-Frid, dem Ansehen des Parlaments nur schaden würde. Von der nationalsozialistischen Seite wurde man sich gegen das Stahlhelmverbot im Westen und die Verbote nationaler Organisationen.

Im weiteren Verlauf der Debatten wünschte der bekannte sozialistische Schulreformer Dr. Löwenstein, daß man der sozialistischen Kultur den nötigen Geltungsraum verschaffe. Zum Schluß hielt der Nationalsozialist Stöhr noch eine Verteidigungsrede bei der er es als sinnlos bezeichnete, wenn Nationalsozialisten wegen ihrer kritischen Einstellung zur Verfassung die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter abgesprochen werde.

Deutschland und das Briand-Memorandum

Zules Sauerwein interviewt den Reichszentraler
EM. Paris, 20. Juni. (Priv. Tel.) Der Außenpolitiker des „Matin“, Jules Sauerwein, der eine Enquete über die Aufnahme des Briand-Memorandums bei den einzelnen Regierungen veranstaltet, hatte auch eine Unterredung mit Reichszentraler Dr. Brüning.

Sauerwein berichtet über dieses Interview in einem interessanten Artikel seines Blattes. Der Reichszentraler habe ihm erklärt, daß das Memorandum pünktlich beantwortet werde, daß darüber hinaus auch die wirtschaftliche und politische Seite des Problems eingehend behandelt werden würde. Die deutsche Regierung wolle positive Vorschläge machen. Es handle sich um eine Arbeit auf lange Sicht, und der Reichszentraler glaube, daß Deutschland und Frankreich vor einer hervorragenden Aufgabe ständen. Im Rahmen des Interviews wies dann der Reichszentraler auf die besonderen Schwierigkeiten hin, mit denen die Regierung zu kämpfen habe. Deutschland könne in keine Organisation eintreten, die die Fesseln, mit denen es durch die Verträge belastet sei, noch drückender gestaltet.

Der Zusammenstoß von Ostafrika

WTB. London, 20. Juni. (Tel.) Die Richtlinien der Regierung über den engeren Zusammenstoß der drei ostafrikanischen Gebiete Kenya, Uganda und Tanganyika werden heute veröffentlicht. Die Regierung schlägt die Ernennung eines Oberkommissars für die drei Gebiete vor, der die Befugnis haben soll, alle gesetzgeberischen Maßnahmen, die der Politik der britischen Regierung widersprechen oder den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt der Eingeborenen hemmen, zu suspendieren. Ferner wird ihm die Vollmacht gegeben, die Gouverneure zu ihm notwendig erscheinenden gesetzgeberischen Maßnahmen aufzufordern. Dem Oberkommissar steht ein Gesetzbücher Rat zur Seite, der aus drei Beamten aus dem Stabe des Oberkommissars und aus je sieben Vertretern der drei Gebiete besteht. Die Mitglieder des Rates werden vom Oberkommissar ernannt, der auch den Vorsitz führt.

Krise in Bayern. Die Gefahr einer Regierungskrise in Bayern ist wieder akut geworden. Die Verhandlungen der Regierungskoalition, von der Bayerischen Volkspartei, Bauernbund und Deutschnationalen über die Dedung des Haushaltsdefizits sind als gescheitert zu betrachten, weil der Bauernbund sich wieder gegen die Schlichter erklärte. — Im Bayerischen Landtag haben die Deutschnationalen den Antrag eingebracht, das Verbot der uniformierten Aufmärsche wieder aufzuheben.

Die Nationalsozialisten in Hessen. In einer Pressebesprechung erklärte der hessische Minister Leuschner, daß sich für Hessen bisher kein Anlaß geboten habe, ein Uniformverbot zu erlassen. Das „Einfuhrverbot“ gegen uniformierte Hitlerleute bleibe aber bestehen, und Hessen werde sich auch strengere Maßnahmen vorbehalten, wenn es den Nationalsozialisten einfiele, Hessen zum Tummelplatz für ihre Propaganda zu machen.

Eröffnung des Hauptverfahrens gegen die Bombenattentäter. Gegen die wegen der Bombenanschläge in Schleswig-Holstein, Oldenburg und Hannover Beteiligten ist nunmehr das Hauptverfahren eröffnet worden. Die Verhandlungen werden voraussichtlich Mitte August in Altona beginnen.

zum Verfasser hat. Das Schauspiel, das ein Stück Breisacher Historie lebendig werden läßt, wurde mit außerordentlich viel Liebe und Hingebung von der festspielreudigen Bevölkerung Breisachs dargeboten. Es fand eine herzliche Aufnahme. In dem Schauspiel wird geschildert, wie Herzog Bernhard nach der Einnahme von Breisach durch seine Widersacher den Stifft findet und wie eine Breisacher Bürgerstochter als Page verkleidet ihre Vaterstadt zu retten verjucht. In der Hauptrolle des Ragen konnte Fräulein Meyer, die Tochter des Bürgermeisters, einen großen Erfolg erringen. Schon nach dem zweiten Akt wurden der Dichter und der verdienstvolle Spielleiter, Harry Schäfer, mit großem Beifall und Blumenpenden bedacht. Am Schluß setzte ein nicht endenwollender Beifall ein, der sicher noch größer und länger geworden wäre, wenn nicht ein aufziehendes Gewitter die Massen vom Festplatz vertrieben hätte. Auch die diesjährigen Breisacher Festspiele werden wieder einen großen Anziehungspunkt bilden. Ein Erfolg wird ihnen unbedingt sicher sein.

Breisacher Historische Schloßkonzerte. Die diesjährigen, in der Tracht des Rokoko zur Aufführung gelangenden Breisacher Historischen Schloßkonzerte finden am 23., 24. und 25. Juni statt. Diese Konzerte führen den Besucher in eines der schönsten deutschen Schlösser, in dem Barock und Rokoko, die hervortretenden Stile des 18. Jahrhunderts, herrschen. Einer der Prachtstücke des Schlosses, der mit Bildern und köstlichen Dedengemälden geschmückte Fürstensaal, ist für die gediegenen Musikveranstaltungen ausgewählt. Hunderte von Bachscherkerzleuchtern spiegeln sich in den Kronleuchtern auf seltenem Glas. Hervorragende Künstler nehmen auf dem Rodium Platz. Josef Krips (Karlsruhe) dirigiert, Ria Gindler (Frankfurt a. M.) singt die von Fritz Böbel (Heidelberg), im Musikarchiv der Grafen Schönborn gefundenen Kompositionen. Es sind Werke aus jener Zeit, da die Fürstenthöne von Mannheim, Bruchsal, Baden-Baden usw. in der Pflege der Künste metziferten.

Mannheims neuer Intendant. Der Erfurter Magistrat hat die Genehmigung zur vorzeitigen Lösung des Vertrages mit dem dortigen Intendanten Maich, spätestens zum 31. Dezember d. J. erteilt, damit er der Berufung an das Nationaltheater in Mannheim Folge geben kann.

Kleine Chronik

In Hamburg wurde ein Beamter der Kriminalpolizei, der mit einer Fahndungssache betraut war, beim Verlassen eines Lokals in der Peterstraße von zwei Männern, die ihn offenbar erkannt hatten, verfolgt. Er gab mit seiner Pistole einige Schüsse ab, durch die zwei Männer und eine Frau erheblich verletzt wurden. Der Beamte behauptet, in Notwehr gehandelt zu haben.

Herbert Sandowski, ein berühmter internationaler Verbrecher, ist gegen Mitternacht aus der Strafanstalt in Tegel (Berlin) entwichen. Der andere Inhaftete der Zelle lag gefesselt und gebunden am Boden, Sandowski war verschwunden. Er hatte das Gitter durchgegriffen und war mit einem aus Bettluchern gedrehten Strick über die Mauer entkommen. Sandowski, der Amerikaner ist, ist Fuhlenränder. Das Motiv zu seinen ständigen Ausbrüchen ist die Angst vor der Auslieferung nach Amerika.

In Berlin ist ein hoher juristischer Beamter, der sich zu Studienzwecken dort aufhält, unter der schweren Beschuldigung des vollendeten Eittlichkeitsverbrechens an einem sechsjährigen Knaben verhaftet worden.

Der 84jährige Generalleutnant Ludwig von Widenbruch wurde in der Wilowstraße in Berlin von einer Straßenbahn überfahren. Er erlitt schwere Verletzungen am Kopfe und eine Gehirnerschütterung. Von Widenbruch ist ein Sohn des bekannten außerordentlichen Bevollmächtigten Ministers Louis von Widenbruch und ein Enkel des bei Saalfeld gefallenen Prinzen Ferdinand von Preußen, der einzige noch lebende Urgroßneffe Friedrichs des Großen. Sein Bruder war der Dramatiker Ernst von Widenbruch.

Im Zusammenhang mit dem vor einiger Zeit gemeldeten Zusammenbruch der Breslauer Bank sind der Direktor Glinzert und der Rechtsanwalt Nathan verhaftet worden unter dem Verdachte, als Vorstandsmitglieder der Bank absichtlich zu deren Ruin gehandelt zu haben. Der verhaftete Anwalt wird beschuldigt, sich in einem Fall einer schweren Urkundenfälschung schuldig gemacht zu haben.

Die State Athletic Commission, die zuständige staatliche Sportbehörde, hat, wie aus New York gemeldet wird, mit 2 gegen 1 Stimme Max Schmeling als Weltmeister der Schwergewichtsklasse anerkannt. Charley erklärte zu der Anerkennung Schmeling, daß er auf einen Revanchekampf mit Schmeling rechne.

Als in Buenos Aires auf einem Sportplatz die Sportbehörde ein Wettspiel suspendierte, war die Erregung des Publikums so groß, daß es zwischen der Menge und berittener Polizei zu einem Feuergefecht kam, wobei es etwa 30 Verletzte gab. 20 Personen wurden verhaftet.

Badischer Teil

Ehescheidungen in Baden im Jahr 1929

Nach den Feststellungen des badischen Statistischen Landesamts sind im Jahre 1929 in Baden 1099 Ehen durch Richterspruch rechtskräftig gelöst worden; darunter sind 17 Nichtigkeitsurteile von Ehen. Die Zahl der Ehescheidungen nimmt in den letzten 30 Jahren ständig zu. Im die Jahrhundertwende schwankte die Zahl der geschiedenen Ehen zwischen 200-300 im Jahr, stieg im zweiten Jahrzehnt auf 400 bis 450; im Jahre 1920 hat sie 1156 betragen. Die 1099 Ehescheidungen (einschl. Nichtigkeitsurteile) im Jahre 1929 verteilen sich auf 178 Gemeinden. 693, d. h. rund 64 Proz. aller Ehescheidungsfälle, entfallen auf die 5 größten Städte; an der Spitze steht die Stadt Mannheim mit 297 Fällen, dann folgen Karlsruhe mit 157, Pforzheim mit 93, Freiburg mit 79 und Heidelberg mit 67 Fällen. Bemerkenswert ist, daß sich in der Stadt Freiburg die Zahl der Ehescheidungen gegenüber dem Vorjahre um 14 verringert hat; in Pforzheim hat sie sich um 28 Fälle vermehrt. Verhältnismäßig selten kommen Ehescheidungen in Landgemeinden vor (insgesamt 104 Fälle). In den Gemeinden der Amtsbezirke Buchen, Wertheim und Wiesloch ist in den Jahren 1928 und 1929 keine einzige Ehescheidung zu verzeichnen.

Sichtlich der Berufszugehörigkeit der geschiedenen Männer bestehen interessante Unterschiede: Als Landwirte haben sich nur 27 Männer bezeichnet, dagegen 177 als Kaufleute, 460 als Fabrikarbeiter u. dgl., 21 als Angestellte und Beamte, 13 als Ärzte und Zahnärzte, 3 als Rechtsanwälte usw.

Nach dem Religionsbekenntnis waren 496 geschiedene Ehepaare rein evangelisch, 337 rein katholisch, 12 israelitisch, je 1 konfessionslos bzw. freireligiös; 262 waren Mischehen. Klarer wird das Bild, wenn diese Zahlen ins Verhältnis zu der letztmals bei der Volkszählung im Jahre 1925 festgestellten Gesamtzahl der rein evangelischen, katholischen und israelitischen Ehen sowie der Mischehen gesetzt werden. Hiernach sind von jeweils 1000 im Jahre 1925 bestehenden rein evangelischen Ehen 83, von rein katholischen Ehen 1,6, von rein israelitischen Ehen 2,4, von 1000 in Mischehen lebenden Ehepaaren hingegen 4,9 im Berichtsjahr 1929 geschieden worden.

Älter war in 387 Fällen der Mann, in 710 Fällen die Frau und in 2 Fällen die Staatsanwaltschaft (wegen Doppelphe); in 881 Fällen erhob der Mann und in 266 Fällen die Frau Widerklage.

Ehescheidungsgrund war in 317 Fällen Ehebruch, in 618 eheloses oder unethisches Verhalten, in 102 Fällen beides zusammen; in 22 Fällen war der Klagegrund böswilliges Verlassen, in 16 Fällen Festsetzkrankheit, 15mal wurde die Ehe wegen Irrtums in den persönlichen Eigenschaften und 2mal wegen Doppelphe aufgelöst. In den übrigen Fällen wurden die Ehen auf Grund mehrfacher, verschieden miteinander verbundener Klagegründe geschieden.

In 608 Fällen wurde der Mann, in 196 Fällen die Frau, in 295 Fällen beide Teile für schuldig erklärt. Des weitern ließ sich feststellen, daß bei über der Hälfte der Fälle (598) minderjährige Kinder vorhanden waren, die durch die Scheidung mehr oder minder schwer betroffen wurden. Bei 336 geschiedenen Ehen waren je 1, bei 166 je 2 Kinder vorhanden; selbst die hohe Zahl von 6 minderjährigen Kindern (6 Fälle), ein Fall sogar mit 7 Kindern, vermochte kein Bindemittel für den Weiterbestand der Ehe zu bilden. Sehr kurz hielt die Ehe in 4 Fällen, wo das Ehepaar noch nicht einmal ein Jahr zusammen blieb; bei 258 Paaren dauerte die Ehe 1-4, bei 443 5-9 und bei 197 10-14 Jahre. Zwei Paare ließen sich trotz 40jähriger Ehedauer, eines sogar nach 42 Jahre langem Ehebund scheiden. Von den Geschiedenen waren zur Zeit, als sie die Ehe schlossen, männlicherseits 19 erst 20, 20 erst 19 Jahre alt, weiblicherseits hatten nicht weniger als 130 ein Heiratsalter von 19 oder 20 Jahren gehabt, 36 ein solches von 17 oder 18 Jahren, eine Frau hatte sogar mit 16 Jahren die geliefte Ehe begonnen. Andererseits hatten 2 Männer erst im Alter von 67 Jahren und eine Frau mit 55 Jahren die geschiedene Ehe geschlossen. Zur Zeit der Scheidung selbst befanden 2 Männer ein Alter von nur 22 und 6 Frauen ein solches von 20 Jahren. Die betagtesten Männer, denen gegenüber eine Scheidung ausgesprochen wurde, waren in 2 Fällen bereits 71 Jahre alt, auf der Frauenseite war das höchste Scheidungsalter in 6 Fällen 63 Jahre.

Aus den Parteien

Parteilung, Fraktion und Bezirksvorsitzende der Deutschen Volkspartei in Baden hielten in Karlsruhe eine Sitzung ab. Zur Finanzlage wurde eine Entschließung angenommen, in der u. a. gesagt wird, daß die Deutsche Volkspartei in Baden den von dem Reichsfinanzminister Dr. Woldenhauer in Abereinstimmung mit dem gesamten Reichskabinett eingeschlagenen Weg nicht zu folgen vermöge. Die Deduktion des Defizits hat in erster Linie durch Einsparungen im Etat zu erfolgen. Sind darüber hinaus noch weitere Opfer erforderlich, dann müssen zur Krönung der Lasten alle leistungsfähigen Kreise herangezogen werden.

Im Anschluß an ein Referat des Landesvorsitzenden, Rechtsanwalt Steinel (Pforzheim), M. d. L., nahm der Landesauschuss einstimmig eine Entschließung an, in der vom Minister des Innern gefordert wird, daß zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit ein alle Parteien und Verbände umfassendes Uniformverbot erlassen wird und zur Vermeidung weiterer Zwischenfälle alle öffentlichen Kundgebungen und Umzüge unter freiem Himmel bis auf weiteres verboten werden.

Zum 65. Geburtstag, den Geh. Rat Dr. Eugen Berg am Fronleichnamstage begehen konnte, sandte die Deutschnationale Volkspartei in Baden ihrem Parteivorsitzenden folgenden Glückwunschtelegramm: Zum 65. Geburtstag senden wir herzlichsten Glückwünschen, unsern besten Wünschen, die wir Ihnen mit feinstem Vertrauen zu folgen bereit sind, die ergeblichsten und herzlichsten Glück- und Segenswünsche. Treue um Treue sei die Lösung dieses Tages und für die kommenden Stürme, die wir in wahrer Einigkeit unter ihrer Führung meistern wollen.

Verminderung des Grünernanbaues

Dieser Tage tagten in Tauberbischofsheim die fränkischen Grünernzerger. Die Besprechungen galten der Abwehr einer Katastrophe für den für das Frankenland äußerst wichtigen Produktionszweig. Einreichend bekannt ist, daß die Ernte 1929 zum größten Teil noch unverkauft ist. Eine notwendige Folge ist, daß diese Restbestände preisdrückend auf die Ernte 1930 wirken müssen. Dieser Preissturz kann nur durch Verdrängung des Anbaues von Grünern verhindert werden. Nach amtlichen Erhebungen kann in 75 Gemeinden mit einem Ernteanfall von 60 000 Zentner Grünern gerechnet werden. Dieser Anfall übersteige den Bedarf um 15 000 Zentner. Um diese Überproduktion zu verhitzen, müsse jeder Grünernbauer seine Fläche um 25 Prozent vermindern. Eine zweite Forderung ist der Ruf nach Qualitätsware. Von dem Vorstand der Betriebsgenossenschaft, Landwirtschaftsrat Gulben, war der Ansicht, daß einer Katastrophe nur dann begegnet werden könne, wenn der Landwirt im Jahre 1930 von einer Grünernernte möglichst Abstand nehme.

In Weingheim a. d. B. waren auf dem Obermeiertag des Badischen Bäcker-Innungsverbandes von 60 Innungen 56 vertreten. Nach dem Geschäftsbericht waren Hauptaufgaben u. a. Maßnahmen zur Erreichung des 4-Uhr-Arbeitsbeginnes und einer früheren Ladenöffnung, Preisberechnung und Gestaltung, Stellungnahme zum neuen Brotgesetz, Lehrlings- und Genossenschaftswesen. In der Aussprache befaßte man sich in der Hauptsache mit der Unzulänglichkeit des gesetzlichen 5-Uhr-Arbeitsbeginnes in Bäckereien, der Invalidenversicherungspflicht der Bäckerlehrlinge, der Konkurrenz der Konsumvereine und Warenhäuser usw. Scharf beurteilt wurde insbesondere die Verringerung höherer Beamten als Führer in den Konsumvereinsbewegungen. Eine Entschlieung verlangt Vorbereitung des Arbeitsbeginns in Bäckereien von morgens 5 auf 4 Uhr, eine andere wendet sich gegen das neue Brotgesetz, das der Landwirtschaft nicht helfen könne, eine

Zum Welttreffen der Badener

Die letzten Rüstungen der badischen Landeshauptstadt! Während schon die ersten Überseezüge, die ihren Besuch zum „Badener Heimattag“ angemeldet haben, in Deutschland eingetroffen sind und nun auf Gesellschaftsreisen die vielfältigen Schönheiten des deutschen Vaterlandes kennenlernen, bzw. wieder sehen, werden in Karlsruhe die letzten Vorbereitungen zum Empfang der badischen Landsleute getroffen. Bekanntlich enthält das Programm, das die badische Landeshauptstadt in den Tagen vom 11. bis 14. Juli für das Welttreffen der Badener aus der ganzen Welt aufgestellt hat, berartig mannigfaltige und hochstehende Einzelveranstaltungen, daß der Besuch dieses einzigartigen Heimatfestes sich nicht nur für Badener, sondern auch für alle anderen deutschen Landsleute empfiehlt, die in jenen Tagen ihren Urlaub antreten und auf der Reise in den schönen badischen Schwarzwald einige Tage in Karlsruhe anteknen möchten.

Es ist offensichtlich, daß eine so groß angelegte Kundgebung für die Heimatliebe nicht allein von einer einzigen Stadt durchgeführt werden kann. Deshalb haben auch eine ganze Reihe anderer badischer Städte, wie Heidelberg, Mannheim, Baden-Baden, Pforzheim, Brudsal, Freiburg und Konstanz u. a. m., ebenfalls sorgfältige Vorbereitungen getroffen und erwarten nach den Festtagen in Karlsruhe auch ihrerseits die Auslandsbadener in ihren Mauern. Die deutsche Reichsregierung wird zu dieser Veranstaltung als offizielle Vertreter die Reichsminister Dietrich und Dr. Curtius entsenden, ferner werden sehr viele hervorragende Persönlichkeiten durch ihr Erscheinen dem „Badener Heimattag“ eine besondere repräsentative Note verleihen.

Den Vorsitz des Ehrenauschusses, der sich aus einer Auswahl von Prominenten der Wissenschaft, der Kunst, Technik, Politik und Wirtschaft zusammensetzt, führt der badische Staatspräsident.

Interessant ist, daß die Anmeldungen der badischen Landsleute nicht nur aus dem Reich und aus den europäischen Ländern, sondern auch aus den fernsten Zonen, wie aus Japan, China und Australien, eingetroffen sind.

Es ist kein Zweifel, daß die Stadt Karlsruhe mit der Veranstaltung des „Badener Heimattages“ eine großartige Idee verwirklicht, welcher im Interesse der deutschen Kultur und Wirtschaft ein volles Gelingen zu wünschen ist. Aber die Einzelheiten des Programms, über praktische und vorteilhafte Sonderzusammenhänge zum Welttreffen der Badener, über Ausflugs- und Reisevermöglichkeiten teilt die Geschäftsstelle des „Badener Heimattages“, Karlsruhe, Karl-Friedrich-Str. 10, Auskunft. Eine reichhaltige Literatur, Prospekte und Führer sowie Programm- und Auskunftsbücher wurden von ihr herausgegeben und können auf Wunsch kostenlos bezogen werden.

Aus der Landeshauptstadt

Der Fronleichnamstag. Unter gewaltiger Anteilnahme des katholischen Bevölkerungsteiles fanden gestern bei herrlichem Wetter die Fronleichnamprozessionen statt. Einen besonders großen Umfang hatte jene von St. Stephan, wo hinter dem Allerheiligsten Staatspräsident Dr. Schmitt, Innenminister Wittmann, Präsident Dr. Baumgartner und Innenministerdirektor Dr. Huber schritten. — An der Fronleichnamprozession in Mannheim beteiligten sich 75 katholische Korporationen. Die Zahl der Teilnehmer wird auf rund 25 000 geschätzt.

Die Lichttechnische Gesellschaft Karlsruhe hält in den Tagen vom 27. bis 29. Juni ihre 9. Jahresversammlung ab. Auf der Tagesordnung stehen mehrere wissenschaftliche Vorträge.

Vater und Sohn beim Brunnenbau. Zwischen Mülburg und Anielingen waren der Landwirt Bischoff aus Anielingen und sein Sohn mit der Anlage eines Brunnens beschäftigt. Als sie den Brunnen bis zu einer Tiefe von knapp 4 Metern ausgeschachtet hatten, wurden sie plötzlich vom Gas überrascht und ersticken. Alle Wiederbelebungsversuche waren erfolglos. Es wird angenommen, daß die beiden einer Sumpfgasvergiftung zum Opfer gefallen sind. Zu dem Unglück wird noch bekannt, daß Bischoff und sein 17jähriger Sohn aus dem 5,40 Meter tiefen Schacht ein Brunnenrohr herausziehen wollten. Als die Kette riß, flogen zuerst der Sohn, dann der Vater in den Schacht. Beide verloren infolge der Sumpfgasvergiftung das Bewußtsein. Eine Witwe und sechs schulpflichtige Kinder trauern um den Ernährer und den Bruder.

Der Badisch-Pfälzische Luftfahrverein ehrt Sarraani. Eine seltene Ehrung wurde Direktor Hans Stöck-Sarraani am Fronleichnamstage in Durlach bereitet. Aus einem Flugzeug wurde ihm ein prachtvolles Blumenarrangement in den Mannheimer Stadtfarben abgeworfen. Am Abend in der Vorstellung übergab der Finder Direktor Sarraani den Strauß, dem folgende Widmung beigegeben war: „Einen herzlichen Luftgruß den uns Mannheimern von seinem letzten Gastspiel lieb und wert gewordenen Förderer deutscher Kultur und Friedensliebe, Herrn Direktor Hans Stöck-Sarraani, dem deutschen Zirkuskönig und Organisator auf jenseitigem Gebiet, von seinen Mannheimer Freunden des Badisch-Pfälzischen Luftfahrvereins, Mannheim.“

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Baden stand auch gestern noch unter dem Einfluß der aus dem nordskandinavischen Hoch stammenden Strömung. Durch die kräftige Einstrahlung stiegen die Temperaturen wie in den Vortagen auf beträchtliche Höhen (Ebene 29 Grad, Gebirge 17 Grad). Stellenweise, besonders im Gebirge, kam es zu lebhaften Gewittern. Mit dem Durchzug einer starken Tiefdruckrinne ist heute morgen kühlere Luft mit westlichen Winden bei uns eingedrungen und hat zu starker Bewölkung geführt. Aus Südwesten heranziehender hoher Druck wird morgen Besserung bringen. Voraussage für 21. Juni: Zunächst noch wechselnd wolkig, mäßig warm, aber zumeist schwül, trichweisse Gewitterregen, später Besserung.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	20. Juni	16. Juni
Amsterdam 100 G.	168.30	168.64
Kopenhagen 100 Kr.	112.07	112.29
Italien . . . 100 L.	21.945	21.985
London . . . 1 Pf.	20.35	20.39
New York . . . 1 D.	4.1875	4.1955
Paris . . . 100 Fr.	16.435	16.475
Schweiz . . . 100 Fr.	81.08	81.24
Wien 100 Schilling	59.07	59.19
Brag. 100 Kr.	12.42	12.44

Diskontermäßigung der Reichsbank

Auf 4 Prozent

W.B. Berlin, 20. Juni. (Tel.) Die Reichsbank hat mit Wirkung ab 21. Juni den Wechseldiskont um ½ auf 4 Proz. und den Lombardzinsfuß um ½ auf 5 Proz. herabgesetzt.

Der Vorsitzende, Reichsbankpräsident Dr. Luthar, begründete die Herabsetzung des Diskontsatzes wie folgt:

Seit der letzten Diskontierung der Reichsbank hat die nun schon so lange bestehende Flüssigkeit der wichtigeren Geldmärkte keine wesentliche Änderung erfahren. Angesichts der fortwährenden Wirtschaftsdpression ist die Entwicklung teilweise sogar in der Richtung einer zunehmenden Verflüssigung weitergegangen und auch durch die inzwischen erfolgte Auflegung der internationalen Anleihe kaum beeinflusst worden. Unter diesen Umständen hat die Zurückhaltung, die die Reichsbank sich am 19. Mai 1930 bei Vermessung ihrer letzten Diskontierung auferlegen mußte, nunmehr ihren Grund verloren.

Neben den Verhältnissen am Geldmarkt spricht auch die geringe Inanspruchnahme der Reichsbank dafür, eine weitere Senkung des Diskontsatzes jetzt einzutreten zu lassen.

Wenn der Abstand von den Privatdiskontsätzen den Gedanken nahelegen könnte, mit der Diskontierung über ½ Prozent hinauszuweichen, so muß doch andererseits beachtet werden, daß — abgesehen von der soeben erfolgten Diskontierung in New York — schon durch die Verminderung des deutschen Diskontsatzes um ½ Prozent die seit längerer Zeit innegehaltene Spannung gegenüber den Diskontsätzen anderer wichtiger Geldmärkte herabgesetzt wird. So sehr die Reichsbank befreit ist, der deutschen Wirtschaft weitere Erleichterungen und Antriebe zu verschaffen und eine gesunde Auflockerung des Kapitalmarktes zu unterstützen, so hängt die Erholung der Wirtschaft doch auch von anderen starken Faktoren ab, die sich der Beeinflussung durch die Reichsbank entziehen.

Der Vorsitzende teilte noch mit, daß die deutsche Golddiskontbank ihren Zinsfuß gleichfalls von 4½ auf 4 Proz. erniedrigt habe.

New-Yorker Diskontierung. Die New-Yorker Federal Reserve Bank hat ihre Rebidiskontrate von 3 auf 2½ Prozent herabgesetzt.

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums vom 18. Juni d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 85 sh. 0. — d. bzw. für ein Gramm Feingold 32,7937 pence.

Der Kurssturz an den amerikanischen Börsen. Wie dem „Daily Express“ aus New York gemeldet wird, erlitten die Titelinhaber bei der am Montag eingetretenen Baiffe einen Verlust von rund 800 Millionen Pfund Sterling, den größten in diesem Jahre. Zahlreiche Spekulant, die nicht rechtzeitig Dedung beschaffen konnten, wurden durch die riesigen Notverkäufe ruiniert. Im ganzen wurden 5 667 320 Titel umge-

Waagen aller Art liefert:

FRIEDRICH LANG, Waagenfabrik
Stuttgart-Cannstatt 3

Mannheimer Versicherungsfusion. In der Aufsichtsratsitzung der Continental Versicherungsgesellschaft Mannheim wurde der Fusionsvertrag mit der Mannheimer Versicherungsgesellschaft genehmigt. Demgemäß werden für die drei Aktien der Conti zwei Aktien der Mannheimer gegeben. Der gesamte Geschäftsbetrieb der Conti geht auf die Mannheimer über. Die anschließende Aufsichtsratsitzung der Mannheimer Versicherungsgesellschaft genehmigte ebenfalls den Fusionsvertrag. Eine Kapitalerhöhung findet nicht statt, da die erforderlichen Aktien der Mannheimer zur Verfügung stehen. Der Abschluß der Mannheimer für 1929 weist einen Gewinn nicht aus. (Im Vorjahr 15 Prozent Dividende.) In einzelnen Branchen eingetretene Verluste werden mit Hilfe des inzwischen eingegangenen Amerikaguthabens ausgeglichen werden. Die Transportversicherung wird abgebaut. Auch in der Feuer- und Lebensversicherung wird das Geschäft eingeschränkt.

Rheinische Elektrizitäts-A.G. in Mannheim. Der Aufsichtsrat beschloß, der auf den 3. Juli einzuberufenden ordentlichen Generalversammlung für das Geschäftsjahr 1929 aus 1 504 506 (i. V. 1 385 815) Reichsmark Reingewinn nach angemessenen Abschreibungen und Rücklagen sowie nach Zuweisung von 1 Mill. Reichsmark an eine Sonderreserve 10 Prozent Dividende (9 Prozent) auf die Stammaktien und wieder 6 Prozent auf die Vorzugsaktien zu verteilen. Der Vortrag auf neue Rechnung beträgt 163 306 Reichsmark (169 615 Reichsmark).

Der Aufschwung der privaten Krankenversicherung. Die private Krankenversicherung ist ein großer Organismus neben der staatlichen Versicherung und bedeutet Selbsthilfe des Mittelstandes beim Kampf gegen die Krankheit. Die größte private Krankenversicherung ist die Vereinigte, die Gedebe, Rosmos (aus dem Frankfurter Konzern) und die Selbsthilfe in sich aufgenommen hat. Diese Gesellschaft steigerte ihre direkte Prämie in 1929 von 24,84 auf 28,89 Mill. Die Gesellschaft bilanziert vorsichtig, hat starke Rückstellungen (Schadenreserve von 2,3 auf 2,5 Mill.). Die Gesamteinnahmen von 48,75 Mill. werden durch Ausgaben von 46,82 Mill. mit 2,4 Mill. Überschuf vermindert. Davon erhält der Versicherungsgewinnreservefonds 2,3 Mill., so daß ein Überschuf von 0,112 Mill. (0,163) verbleibt, aus dem wieder 5 Prozent Dividende gezahlt werden. Die Zahl der Versicherten beträgt jetzt nahe an 445 000 gegen 425 000. Die schadenfrei verlaufenen Policen erhalten 4 Monatsprämien zurückvergütet, gleich 33 1/2 Prozent.

Allgemeine Maggi-Gesellschaft Kemptal. Die Gesellschaft erzielte — wie aus Zürich gemeldet wird — 1929/30 nach Abzug von 1,71 (1,35) Mill. Fr. Unkosten einen Reingewinn von 6,78 (6,16) Mill. Fr., wovon wieder 10 Prozent Dividende auf das Aktienkapital und das Genussscheinkapital verteilt werden sollen.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahlen. In Birkheim wurde der Kaufmann Lorenz Julius Baumann mit 265 Stimmen zum Bürgermeister gewählt. Der bisherige Bürgermeister Anton Schmidt erhielt nur 156 Stimmen. — In Büdingen wird öffentlich bekanntgegeben, daß eine normale Bürgermeisterwahl nötig sei, da keiner der Kandidaten die nötige Stimmenzahl erreicht habe.

Noch keine städtischen Werte-A.G. in Baden-Baden. Der Bürgerausschuß beriet über die Umwandlung der städtischen Werte in eine A.G., unter 40prozentiger Beteiligung des Badenwerks. Nachdem Oberbürgermeister Eisner einen Überblick über die Lage gegeben hatte, die die Stadt veranlaßte, in Verhandlungen mit dem Badenwerk einzutreten, brachte jedoch die sozialdemokratische Fraktion einen Verfassungsantrag ein, der dann auch, allerdings in geänderter Fassung, Zustimmung fand. Der Bürgerausschuß wird sich nunmehr, nachdem eine Kommission, bestehend aus Stadträten und Stadtverordneten, das Vertragswerk nochmals auf das genaueste durchgeprüft hat, am 27. Juni erneut mit der Materie zu befassen und über die Lösung des städtischen Finanzproblems Beschluß zu fassen haben.

Der Voranschlag der Stadtgemeinde Bühl für 1930 beziffert die Einnahmen auf 685 325 und die Ausgaben auf 787 932 Reichsmark. Der ungedeckte Aufwand beträgt also 102 107 Reichsmark. Die Umlage bleibt unverändert: 80 Reichspfennig vom Grundvermögen, 24 Reichspfennig vom Betriebsvermögen, 300 Reichspfennig vom Gewerbevermögen.

Aus dem Gemeinderat Kehl. Der Gemeinderat hat das Bedürfnis für Errichtung einer zweiten Apotheke in Kehl anerkannt. Weiter hat er beschlossen, daß städtische Aufträge jeder Art in Zukunft an Mitglieder des Gemeinderats nicht mehr vergeben werden. Der Umbau des alten Rathauses der Stadt Kehl, in dem das Arbeitsamt untergebracht ist, erforderte 29 845 Reichsmark, was eine Kreditüberziehung von 3845 Reichsmark bedeutet.

Die Kraftwerksbau-A.G. Rhyburg-Schwärzbad hat gegen die Gemeinden Mühlh. und Ballbach das Enteignungsverfahren beantragt, weil die Wadungen der beiden Gemeinden in die Kraftwerkzone fallen und bisher nicht erworben werden konnten. Die Gemeinden weigerten sich, die Wadungen zu verkaufen, da ihnen dadurch ein Teil der Almendnutzung wegfallen würde.

Der Bürgerausschuß Zell i. B. nahm in seiner letzten Sitzung nach eingehender Debatte den Voranschlag für das Rechnungsjahr 1930 an. Gegen den Voranschlag stimmten nur drei Kommunisten. Der Umlagefuß beträgt für das Riegenzschafvermögen 80 Pf., für das Betriebsvermögen 48 Pf. und für den Gewerbevermögen 800 Pf. je 100 M. Steuernwert.

Kurze Nachrichten aus Baden

Befreiungsfeier in Mannheim

In Verbindung mit einer Kundgebung für die Befreiung der besetzten Gebiete wird am Montag, den 30. Juni, abends 8 Uhr, die feierliche Einweihung der Ausstellungshalle der Stadt Mannheim, der Rhein-Restaurant-Halle, stattfinden. Umrahmt von Chorgesängen wird Oberbürgermeister Dr. Heimrich eine Ansprache halten, an deren Schluß die Versammlung gemeinsam das Deutschlandlied singt.

16. Schwetzingen, 19. Juni. Schwetzingen, die Stadt des schönsten deutschen Schloßgartens, veranstaltet in diesem Sommer wieder drei große Parkbeleuchtungen, und zwar am 6. Juli, 3. August und 7. September. Außerdem findet am 17. Juli anlässlich des Besuchs des Karlsruher Heimattages eine Moscheebeleuchtung statt. Die Schwetzingener Parkbeleuchtungen dürften nicht nur zu den schönsten, sondern auch zu den größten ihrer Art in Deutschland gehören, denn sie erstrecken sich auf eine Fläche von über 100 badischen Morgen. Für jede Beleuchtung werden etwa 10 000 Illuminationslampen, 2000 Lampions und einige 100 bengalische Fackeln verbraucht.

Kehl, 19. Juni. Die Nachricht, daß Reichspräsident von Hindenburg nicht zur Befreiungsfeier nach Kehl kommt, hat in der Stadt Kehl ein lebhaftes Bedauern und tiefes Bedauern hervorgerufen. Die „Kehler Zeitung“ hat nun Erklärungen an maßgebender Stelle über die Gründe dieser Ablehnung eingezogen und erfahren, daß der Reichspräsident die Einladung Kehls deshalb abgelehnt habe, weil sie eine Verlängerung der strapazösen Reise um mindestens einen Tag bedeutete. Aus demselben Grunde mußten auch viele andere Wünsche besetzter Städte und Gebiete abgelehnt werden.

16. Freiburg i. Br., 19. Juni. Eine machtvolle Kundgebung katholischen Glaubens bildete am heutigen Tage die Fronleichnamprozession, an der viele Tausende teilnahmen. Die Prozession dauerte vier Stunden. Das Allerheiligste trug Weihbischof Dr. Burger an Stelle des auf einer Firmungsreise befindlichen Erzbischofs Dr. Friz. Die städtischen Gebäude waren besetzt und die Privathäuser ebenfalls festlich geschmückt. Die Prozession hatte auch diesmal zahlreiche Fremde nach Freiburg gelockt.

W.D. Stuttgart, 19. Juni. Der Landwirt Zell aus Zweifelsberg (Gemeinde Oberdorf, Oberamt Biberach) ist wegen der Ermordung seines Vaters durch Urteil des Schwurgerichts Ravensburg zum Tode verurteilt worden. Der Staatspräsident hat von seinem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch gemacht.

Todes-Anzeige.

In der Frühe des 16. Juni verschied nach langem, überaus schmerzhaftem Leiden unser hochverehrter Kollege,

Herr Professor

Dr. Karl Scheid.

Die Anstalt verliert in dem Entschlafenen einen weit über die Grenzen des badischen Landes bekannten Fachmann und Wissenschaftler, dessen Lehrbuch und Lehrmethode für den Unterricht in Chemie in vielen badischen und außerbadischen höheren Schulen richtunggebend gewesen ist, aber auch einen ausgezeichneten Lehrer und wertvollen Menschen. Sie ist stolz darauf, ihn zu den Ihren zählen zu dürfen, und wird ihm stets ein treues Gedenken bewahren. Nach dem letzten Willen des Heimgegangenen hat die Beerdigung in aller Stille stattgefunden. R. 431

Freiburg im Breisgau, den 17. Juni 1930.

**Das Lehrerkollegium
der Neuburg-Oberrealschule:**
Dr. Albert Kuntzemüller.

Zwangsversteigerung.

II. V. T. 13/30.

Im Zwangswege versteigert das Notariat II Karlsruhe am

Montag, dem 8. September 1930, nachm. 3 Uhr, in seinen Diensträumen, Kaiserstraße 184, 2. Stod, Zimmer Nr. 14, das Grundstück des Kaufmanns Heinrich Fegert in Karlsruhe.

Die Versteigerung wurde am 2. Mai 1930 im Grundbuch vermerkt. Die Nachweisung über das Grundstück samt Schätzung kann jedermann einsehen. Rechte, die am 2. Mai 1930 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung, vor der Aufforderung zum Bieten, anzumelden und bei Widerspruch des Gläubigers glaubhaft zu machen; sonst werden sie im geringsten Gebot nicht und bei der Erlösverteilung erst nach dem Anspruch des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Zuschlag aufheben oder einstweilen einstellen lassen, sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Grundstücksbeschreibung:

Grundbuch von Karlsruhe, Bd. 100, Heft 1. Lsg. Nr. 1991: 5 a 18 qm Hofreite — Ostendstraße Nr. 7.

Darauf steht:
a) ein vierstöckiges Wohnhaus mit Schienenteller und Kniestock,
b) ein einstöckiger Querbau ohne Keller, Magazin. Schätzungswert: 54 000 M. R. 613

Karlsruhe, den 16. Juni 1930.
Bad. Notariat II — als Vollstreckungsgericht.

O. 618. Karlsruhe. Mit Ausschlußurteil vom 11. Juni 1930 hat das Bad. Amtsgericht B I Karlsruhe die nachstehend bezeichneten Urkunden für kraftlos erklärt: Allgemeine Verordnungsanstalt im Großherzogtum Baden: Rentenschein Nr. 319 vom 30. Mai 1874, Rentenschein Nr. 907 vom 21. März 1875. Karlsruhe, den 11. Juni 1930. Bad. Amtsgericht B I.

O. 618. Karlsruhe. In dem Aufgebotsverfahren zum Zwecke der Todeserklärung des verstorbenen Emil Müller, Kaufmann, geboren am 20. Juni 1863 in Rastatt, zuletzt wohnhaft gewesen in Gens (Schweiz) hat das Badische Amtsgericht in Karlsruhe durch den Amtsgerichtsrat Dr. Gerth für Recht erkannt: Der oben näher bezeichnete verstorbenen Emil Müller wird für tot erklärt. Als Zeitpunkt des Todes wird der 31. Dezember 1929, nachts 12 Uhr, festgesetzt. Die Kosten des Verfahrens fallen dem Nachlass zu Last. Karlsruhe, den 11. Juni 1930. Bad. Amtsgericht B II.

Die Ziehung zur Karlsruher Studentenhäuserlotterie fand am 5. Mai 1930 (Erfolgsziehung am 19. Mai) unter Aufsicht des Notariats 4 Karlsruhe im studentischen Tagesheim statt, wobei folgende Nummern gezogen wurden:

1. Hauptgewinn, ein Auto im Werte von 4000 M fiel auf die Nr. 32397.
 2. Hauptgewinn, ein Motorrad im Werte von 600 M fiel auf die Nr. 6584.
 3. Hauptgewinn, eine Nähmaschine im Werte von 200 M fiel auf Nr. 43335.
- Gewinne i. B. von 100 M (Fahrrad) auf Nr. 624. Gewinne im Werte von 50 M (Photoparat) auf Nr. 1686, 9498, 24045, 24083, 28518. Gewinne im Werte von 25 M auf Nr. 17146, 19903, 26926, 30607, 34149, 24224, 37406, 38372, 43255, 77431.
- Gewinne im Werte von 10 M (Gutschein) auf Nr. 2067, 4746, 6240, 6644, 6984, 7441, 7470, 7806, 9565, 10400, 12233, 14134, 14248, 18018, 19493, 21002, 21444, 22306, 22807, 24222, 27331, 27342, 30106, 30133, 30189, 30195, 30198, 31006, 31215, 32653, 33743, 33828, 33829, 33928, 34126, 34418, 35451, 35546, 35892, 37401, 41795, 42878, 46721, 47196, 48892, 53151, 54155, 55527, 56825, 56822, 59304, 59646, 76862, 97137, 79940.

Gewinne im Werte von 5 M (Gutschein) auf Nr. 1640, 1711, 2298, 3010, 4127, 4508, 4792, 5084, 5630, 5690, 5718, 5811, 5823, 5856, 6223, 6513, 6647, 6714, 6728, 6919, 6961, 7311, 7425, 9526, 10109, 10465, 12079, 12926, 14199, 15047, 15278, 16990, 17361, 18430, 20769, 21379, 23369, 23556, 24125, 26982, 27611, 27921, 27942, 28745, 28970, 29261, 29534, 30456, 30473, 30602, 30786, 32209, 33043, 33442, 33512, 33697, 33716, 33790, 33878, 33909, 34006, 34054, 34068, 34095, 34124, 34144, 34166, 34427, 34443, 34637, 35144, 35475, 35969, 36637, 36784, 36906, 36989, 37431, 38397, 39198, 39262, 39476, 43256, 43257, 45176, 45194, 45379, 45496, 46049, 46887, 47090, 48479, 49254, 50056, 50378, 50457, 50480, 53916, 54330, 56108, 57366, 58586, 59162, 59598, 59910, 59912, 59933, 72547, 76799, 79842.

Die Seriengewinne im Werte von 3 M fallen auf jedes Los, das mit 47 und 97 endet. Ferner wurden als Erlösnummern gezogen 1583, 11701, 17083, 23270, 55464, 73472, auch auf diese Lose entfällt ein Seriengewinn. Die Gewinnauszahlung ist am 30. Juni beendet. R. 433

3%ige Goldanleihe der Stadt Mannheim vom Jahr 1926.

Die auf 1. Oktober 1930 fällige 4. Tilgungsrate obiger Anleihe im Betrage von 275 900 M ist durch Ankauf befreit worden; eine Auslosung findet daher in diesem Jahre nicht statt. R. 432

Mannheim, den 12. Juni 1930.
Der Oberbürgermeister.

**PORPHYRWERK
DOSENHEIM**

HANS VATER
DOSENHEIM & SOHN

LIEFERT AUS SCHLOSS-
HECKENMARKBRUCH
ERSTKLASSIGES

**STRASSENBAU-
MATERIAL**

O. 617. Karlsruhe. Mit Ausschlußurteil vom 11. Juni 1930 hat das Badische Amtsgericht B II in Karlsruhe den verstorbenen Sigmund Steindorfer, geboren am 14. August 1869 zu Gersheim, zuletzt wohnhaft gewesen in Karlsruhe, für tot erklärt. Karlsruhe, den 11. Juni 1930. Bad. Amtsgericht B II.

Inserieren bringt Gewinn!

Zwangsversteigerung.

V. T. Nr. 19/30.

Im Zwangswege versteigert das Notariat am:

Samstag, dem 2. August 1930, vormittags 8 1/2 Uhr, in seinen Diensträumen, Kaiserstraße 184, 1. Stod, Zimmer 4 den auf Gemarkung Karlsruhe belegenen, im Grundbuch von Karlsruhe eingetragenen, dem Fabrikanten Dr. jur. Fritz Kubin in Wien, jetzt in Karlsruhe, gehörigen Miteigentumsanteil zu 1/2 des nachstehend beschriebenen Grundstücks.

Die Versteigerung wurde am 2. Mai 1930 im Grundbuch vermerkt. Die Nachweisung über das Grundstück samt Schätzung kann jedermann einsehen. Rechte, die am 2. Mai 1930 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung, vor der Aufforderung zum Bieten, anzumelden und bei Widerspruch des Gläubigers glaubhaft zu machen; sonst werden sie im geringsten Gebot nicht und bei der Erlösverteilung erst nach dem Anspruch des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Zuschlag aufheben oder einstweilen einstellen lassen, sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Grundstücksbeschreibung:

Grundbuch Karlsruhe Band 21 Heft 6. Lsg. Nr. 409: 3 ar 40 qm Hofreite, 1 ar 00 qm Hausgarten a, 9 ar 87 qm Hausgarten b.

Zuf. 14 ar 27 qm an der Wörthstraße Nr. 4.

Auf der Hofreite steht: ein zweistöckiges Wohnhaus mit gewölbtem und Schienenteller.

Versteigert wird nur der Miteigentumsanteil von 1/2 des Dr. jur. Fritz Kubin. Schätzungswert mit Zubehör: 72 130 M = 80 065 M, Schätzungswert ohne Zubehör: 72 000 M = 86 000 M. Karlsruhe, den 14. Juni 1930. O. 618

Bad. Notariat III als Vollstreckungsgericht.

O. 615. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Schmidt & Schenk, offene Handelsgesellschaft, Inhaber Heinrich Schmidt und Hermann Schenk, Tabakfabrikate hier, Kaiserstr. 93, ist zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Beschlußfassung über die nicht verwertbaren Vermögensstücke und die Festsetzung der Vergütungen und Auslagen der Gläubigerausfuhrgliedern, sowie zur Festsetzung der Vergütung und Auslagen des Verwalters Schlusstermin bestimmt auf: Freitag, den 11. Juli 1930, vormittags 10 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Abenteurerstr. 8, 1. Stod, Zimmer Nr. 43. Karlsruhe, den 18. Juni 1930. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 7.



Badisches Landestheater

Samstag, 21. Juni
C 23. Th.-Gem. III. S. Or.
1. Hälfte im 401-500.

Vom Teufel geholt

Schauspiel
von Knut Hamsun
Regie: Vaumbach
Mitwirkende: Ermath, Quaiser, Geiselen, Janz, Seiling, Brand, Dahlen, Gemmede, Graf, Hiel, Gader, Kloebe, Kuhne, Rehner, Rütger.
Anfang 20 Ende 22 1/2.
Preise A (0,70-5 M)

So., 22. Juni: Nigolletto.
Mo., 23. Juni:
Die andere Seite.